

EDITORIAL

Radikale Gesellschaftskritik ist heute in einem doppelten Sinne unpopulär. Zum einen ist sie auf absehbare Zeit an die Sphäre der Theorie gebunden, muß sich also einer Sprache und Begrifflichkeit bedienen, die nicht für jede und jeden unmittelbar zugänglich sind und die erarbeitet sein wollen. Zum anderen stößt der Inhalt, den sie präsentiert, auf und zugleich ab.

Dieser zweite Gesichtspunkt ist zweifellos entscheidender als der erste. Das werbe Zeitgeistpublikum hält weniger deshalb einen Sicherheitsabstand zur Wertkritik, weil es bei solchem esoterischen Zeug nur Bahnhof verstehen würde, sondern weil es bei aller sprachlichen und begrifflichen Distanz nur allzu deutlich kapiert, daß hier genau das gesagt wird, was es garantiert nicht hören mag. Nicht die Distanz zum Alltagsleben macht Gesellschaftskritik, die diesen Namen verdient, für den verhauschweinten Massengeschmack ungenießbar, sondern ihre weitreichenden Implikationen für eben dieses. Das warengesellschaftliche Bewußtsein, positiv und damit sadomasochistisch auf die herrschende negative Vergesellschaftung fixiert, hält seinen eigenen erbärmlichen Bezugsrahmen für den menschlichen schlechthin und muß von daher jedes negative Denken als blanken Nihilismus entschieden ablehnen.

Es wäre illusionär und fatal, angesichts dieser tief verankerten Aversion auf eine „aufklärerische“ Wirkung des Krisenprozesses zu setzen und darauf zu vertrauen, radikale Kritik würde schon im Gefolge der sich bestätigenden Krisenanalyse an Boden gewinnen. Eher schon dürfte das Gegenteil der Fall sein. Das warengesellschaftliche Bewußtsein kann den sozial-ökonomischen Krisenprozeß schließlich nur als unvorhersehbare soziale Naturkatastrophe und jede krisentheoretische Diagnose als Weltuntergangsprophetismus wahrnehmen. Dementsprechend muß es die Verheerungen zunächst leugnen, dann relativieren, um schließlich in eine Rette-sicher-wann-Panik zu verfallen. In keinem dieser Stadien ist es aufnahmewillig für die grundsätzliche Kritik und In-Frage-Stellung des warengesellschaftlichen Bezugsrahmens. Daß Cassandra recht behält, macht sie weder beliebter noch glaubwürdiger; der Spott über abgedrehte Untergangsphantasien verschwindet im letzten Stadium höchstens, um Mordgelüsten Platz zu machen.

Wer seine gesamte Fähigkeit zur Autosuggestion einsetzen muß, um den aufsteigenden Brandgeruch nicht wahrzunehmen, hat aus verständlichen Gründen wenig übrig für Nörgler, die ihn nacheinander mit folgenden vier Neuigkeiten beglücken: (1) Du hast es dir ausgerechnet auf einem Elektroherd bequem gemacht; (2) die Herdplatte, auf der du sitzt, brennt auf höchster Stufe; (3) der Schwelbrand hat sich gerade bis zu deinen Unterhosen durchgefressen; (4) er ist strenggenommen gar kein

Schwelbrand mehr. Keine noch so schmerzhafteste Verbrennung macht das Warensubjekt automatisch für die gleichzeitige Botschaft empfänglich, es könne auch ein Leben jenseits der Herdplatte, die ihm die Welt bedeutet, geben.

Die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung ist leider dazu angetan, diese Einschätzung zu bestätigen. Was den objektiven Krisenprozeß betrifft, so erleben wir gerade eine dramatische Zuspitzung. Die spekulativ hinausgezögerte Strukturkrise der Warengesellschaft tritt derzeit auch in den Zentren des kapitalistischen Weltsystems in eine akute Phase. In der jüngeren Vergangenheit haben *Krisis*-Autoren mehr als einmal behauptet, das wundersame Zeitalter des kasinokapitalistischen Reichrechnens und der Prosperitäts-Simulation neige sich bereits seinem Ende zu. Mittlerweile erscheint diese Aussage eher als euphemistisch. Bei aller Schwierigkeit, auf Grundlage einer strukturellen ökonomischen Analyse den kurzfristigen Krisenverlauf richtig einzuschätzen, läßt sich heute wohl konstatieren, daß der Einsturz des spekulativen Weltkartenhauses bereits begonnen hat. Die Hoffnungsträger eines vermeintlichen postfordistischen Akkumulationsschubs in Südostasien sind allesamt schon am Boden zerstört und werden, zusammen mit den Überresten der anderen emerging markets von Rußland bis Lateinamerika, in den emergency rooms des IWF nur mehr notbeatmet. Aber auch in der Triade wird man wohl bald wieder kalauern können: Gestern standen wir noch am Rande des Abgrunds - heute sind wir schon einen Schritt weiter. Der große Entwertungsschub ist im pazifischen Raum eingeleitet; die Folgen dürften, trotz möglicher kurzfristiger Verzögerungseffekte, im Laufe des nächsten Jahres auch in den USA und in der EU auf breiter Front spürbar werden.

Auch die Verlaufsform, die der Crash nehmen wird, zeichnet sich zumindest in groben Umrissen bereits ab. Um die bankrotte japanische Kreditmaschine, von der die Weltkonjunktur abhängt, vor dem unmittelbaren Zusammenbruch zu retten und die rasante weltweite Talfahrt der Aktienmärkte vorläufig zu stoppen, mußte im Oktober 1998 der hochverschuldete japanische Staat die unabsehbaren Verluste der Banken übernehmen. Das läuft de facto auf die Begleichung der faulen Kredite durch hemmungslose staatliche Geldschöpfung hinaus. Aus Angst vor dem unvermeidlichen realwirtschaftlichen Rückschlag reißen der Kreditketten schlägt also Japan den gleichen Weg ein wie Rußland unter dem neuen Ministerpräsidenten Primakov. Es ist wohl nur ein Frage der Zeit, bis der Rest der ehrenwerten G7-Gesellschaft diesem Vorbild folgend zur Vergesellschaftung der anstehenden Entwertungsverluste übergeht. Offenbar findet das Revival der 70er Jahre auf einem Gebiet seine Fortsetzung, von dem man es am allerwenigsten erwartet hatte. Die „Stagflation“ (also das Nebeneinander von beschleunigter Geldentwertung und Rezession), die das Ende des fordistischen Booms markierte, kehrt nach dem kasinokapitalistischen Intermezzo, und durch dieses um ein Mehrfaches potenziert, wieder. Politische „Regulation“ reduziert sich im Crash darauf, das Mischungsverhältnis in der Entwertung des (Geld)kapitals und des Geldmediums zu bestimmen.

Das Krachen des Finanzüberbaus, das Ende des ewigen spekulations-konjunkturellen Frühlings, geht nicht zufällig mit einer Veränderung des Zeitgeistklimas einher. Der Postmodernismus, die Ideologie des Virtuellen, haucht fast zeitgleich mit dem Absturz des kasinokapitalistischen Traumreichs seine Seele aus. Kaum ein Blatt mit ein wenig intellektuellem Anspruch verzichtet derzeit auf den entsprechenden Nachruf. Selbst die biedere *Zeit*, die in den letzten 50 Jahren - wahrscheinlich aus Prinzip - noch jede Entwicklung verschlafen hat, verkündet mittlerweile das Ende der Postmoderne. All diese Abgesänge markieren indes keineswegs eine produktive Ent-Täuschung, sondern lediglich den Wechsel des vorherrschenden Simulationsmodells. Wurden eben noch mit Begeisterung alle von der Moderne „erfundenen“ Handlungssubjekte und Prinzipien „dekonstruiert“, um sich freudig einem amorphen, dem Vorbild des totalen Marktes nachgebildeten „Diskurs“ überantworten zu können, so kippt jetzt die Stimmung ins Gegenteil. Die verrotteten Großsubjekte und metaphysischen Prinzipien werden wieder auf die ideologische Bühne gerollt und sollen bitte schön die Sache wieder ins Lot bringen.

Selbst Vordenker der Postmoderne wie Derrida entdecken plötzlich wieder die Unentbehrlichkeit der demokratischen Werte und beweisen damit nur, wie oberflächlich ihre Kritik geblieben ist und wie wenig sie je über den Horizont der herrschenden Vergesellschaftung hinausgeblickt haben. Hätten sie es ernst gemeint mit ihrem Angriff auf den abstrakten Universalismus, dessen warengesellschaftliche Verortung sie mit ihrem diskurstheoretischen Zugriff nie begreifen konnten, dann müßten sie jetzt den freundlichen Applaus der zivilgesellschaftlichen Gemeinde für ihre Rückkehr in den Heimathafen empört und angewidert zurückweisen. So aber wächst wieder zusammen, was zusammengehört und nie wirklich getrennt war. Habermasianer und andere brave Demokraten sind erleichtert, daß es ja doch nicht so gemeint war mit der „Dekonstruktion“ ihrer geliebten Prinzipien (war halt nur so'ne Idee) und die Postmodernisten lassen, angesichts der brenzigen sozialen Lage, die selbst sie (!) mittlerweile wahrgenommen haben, die Finger von der Simulation radikaler Kritik.

Der zwischen unaufgearbeitetem Traditions marxismus und postmodernistischem Kulturalismus schlingende Soziologe Bourdieu („kulturelles Kapital“) gibt die neue Marschrichtung an: Die Politik, deren nationalökonomischer Bezugsrahmen doch längst zerschlagen ist, soll Superman spielen, sich gegen Globalisierungs- und Krisenlogik stemmen und den entfesselten Markt wieder an die Kette legen. Die soziale Krise wird dem angeblich bloß ideologisch motivierten neoliberalen Rückzug des Staates zugeschrieben und die ökonomische dem unkontrollierten Treiben an den Finanzmärkten. Dementsprechend werden nun die alten etatistischen Rezepte wieder ausgegraben und populistisch mit einigen gemeingefährlichen, spekulantenhetzerischen Zutaten angereichert. Daß die Postmoderne die modernen Zwangsprinzipien zu Spielmarken umgelogen hat, statt sie zu kritisieren, fällt nun auf sie selber zurück. Das

Verabschiedete verabschiedet die voreiligen Verabschieder und kehrt als Untotes wieder.

Diese ideologische Remobilisierung der warengesellschaftlichen Politikillusion, durch abermalige Akzentverschiebung innerhalb der immanent unaufhebbaren Dualität von Markt und Staat, findet breiten Publikumszuspruch westlich und östlich des Rheins. Nachdem sich hierzulande der nette Begriff „Politikverdrossenheit“ schon als stehende Redewendung eingebürgert hatte, erlebten wir plötzlich, nach einen zum „Jahrhundertwahlkampf“ aufgebauschten Medienspektakel, eine längst ungewohnt hohe Wahlbeteiligung. Heerscharen von einstigen Skeptikern pilgerten zu den Urnen, um einen Mann zum Bundeskanzler zu machen, der außer der Macht und dem Machergestus keine Programm hat und gerade deshalb eine eindeutig Doppelbotschaft verkörpert: Wir blasen den Staub aus 16 Jahren Kohlregierung weg, damit alles so bleibt, wie es ist.

Es hat sicherlich eine gewisse Logik, wenn die Rückwendung zur Politik zunächst einmal den klassischen Parteien des Staates, nämlich den sozialdemokratischen, zugute kommt. Doch selbstverständlich hat diese Verschiebung im Spiel der politischen Kräfte nichts mit einem „Linksruck“ im Sinne der 70er-Jahre-Reformära gemein. Daß Tony Blair und nun Gerhard Schröder in dem Maße mehrheitsfähig wurden, wie sie sich auf eine neoliberale Wirtschafts- und Standortpolitik einschworen, ist kein Schönheitsfehler, sondern zeigt nur an, für welche Funktion sie stehen. Sie sind angetreten, das Primat der Ökonomie, an dem keiner mehr zu rütteln wagt, auch in Krisenzeiten durchzusetzen, indem sie das Arbeits-Lager in toto zusammenfassen und generalmobilmachen. Die Marschrichtung ist so eindeutig, daß selbst Konservative, die vor Jahren noch den Sieg einer rot-grünen Koalition mit dem Untergang des Abendlandes identifizierten, heute nichts mehr gegen das Trio infernale Schröder-Fischer-Lafontaine einzuwenden haben. Sogar die FAZ (vom 30.9.98) gab rasch Entwarnung: „Früher haben die Akteure und ihre Anhänger, die sich heute anschicken, eine neue Regierung zu bilden, gerne von einem rot-grünen Projekt geredet. Nichts davon ist übrig geblieben... In der Wirtschaftspolitik kündigt Schröder mit seinen Stabilitätsbedingungen an, daß für ihn die Zeiten vorbei sind, in denen darüber gestritten werden konnte, was Vorrang habe: die Ökologie oder die Ökonomie. Der künftige Kanzler verkündet ein Schluß mit lustig“

Wenn übereifrige „Realisten“ meinen, die Bündnis-Grünen vor möglichen Rest-Illusionen warnen zu müssen, dann rennen sie damit nur offene Türen ein. Die rot-grüne Fangemeinde hat das anti-utopistische Dogma, das Michael Winter (*Süddeutsche Zeitung* vom 30.9.98) ihr zum Zwecke der endgültigen Liquidierung jeder gesellschaftskritischen Anwendung ins Stammbuch schreiben will, längst verinnerlicht: „Wir wissen [...], daß niemand auf die Zukunft zählen kann, daß alle Philosophien veralten und daß keine Form der Gesellschaft, wie ideal wir sie uns auch immer

denken mögen, Milch, Honig und Gerechtigkeit für alle haben wird. Unter solchen Voraussetzungen ist der Glaube an die Möglichkeit eines neuen Anfangs Wahnwitz.“

Hier spricht einer aus, was alle längst wissen, aber doch nur allzu gerne verdrängen möchten: Die Warengesellschaft mutiert auch hierzulande zu einem sozialen Apartheidsregime, ganz gleich, welches Politspektakel auf der Bühne der medialen Inszenierung auch aufgeführt werden mag. Doch gerade die katastrophische Zuspitzung der Systemzwänge weckt infantile Regressionswünsche und nährt die nostalgische Stimmung eines kurzen, faschingshaften 70er-Jahre-Revivals. Nicht zufällig ist es die in jenen Jahren politisch sozialisierte Generation, die nun an die Macht gelangt. Ihre Aufgabe wird es sein, die zunehmend brutalere Krisenverwaltung mit einer sozial-ökologischen Rhetorik für ihre Klientel der Neuen Mitte materiell und moralisch annehmbarer zu machen; eine Rhetorik, die deshalb so substanzlos sein darf, weil niemand mehr ernsthaft daran glaubt, aber viele ein wenig glauben wollen, sie könnten daran glauben.

Ob es der rot-grünen Regierung gelingt, diese Simulation der Simulation von Politik in einer für das breite Publikum einigermaßen akzeptablen Form auf die Bühne zu bringen und potentiellen Protest gegen den voraussehbaren sozialen Aderlaß dadurch zu entschärfen, bleibt natürlich offen. Versuchen wird sie es jedenfalls müssen. Und es ist natürlich kein Zufall, daß das vielbeschworene „Bündnis für Arbeit“ eine zentrale Rolle dabei spielt. Denn das unaufhaltsame Abschmelzen der Arbeitssubstanz untergräbt nicht nur die ökonomischen Grundlagen des warenproduzierenden Systems, sondern rührt gleichzeitig auch an sein innerstes Selbstverständnis und an die Identität des bürgerlichen Subjekts. Gerade in ihrer manifesten Krise gewinnt die Arbeit deshalb als gemeinsamer ideologischer und politik-inszenatorischer Bezugspunkt aller Parteien, Strömungen und Interessengruppen geradezu schicksalhafte Bedeutung. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit sei der „Schlüssel zur Lösung aller gesellschaftlicher Probleme“, lautet die als Versprechen verpackte Drohung des gesamt-demokratischen Arbeits-Lagers an all jene, die Arbeitsplätze nicht für die „schönsten Plätze in Deutschland“ (sozialdemokratisches Wahlplakat) halten.

Radikale Gesellschaftskritik würde jämmerlich versagen, wollte sie angesichts dieser Konstellation nicht versuchen, offensiv in die öffentliche Debatte einzugreifen. Wenn sie mehr sein will als eine intellektuell anspruchsvolle *l'art-pour-l'art*-Übung, dann steht die Wertkritik gerade heute vor der Aufgabe, die für ihre Position konstitutive Kritik der Arbeit über die Sphäre der Theorie im engeren Sinne hinaus zu vermitteln. Es versteht sich von selber, daß Vermittlung in diesem Zusammenhang nicht in irgendeinem diplomatischen Sinne verstanden werden kann, etwa als höfliche und formgerechte Beteiligung an der laufenden Gespensterdebatte über simulative „Lösungen“ der Krise der Arbeit. Dem sich darin ausdrückenden regressiven Bedürfnis, den fundamentalen Charakter und den barbarischen Gehalt der Krise

zu verdrängen und die Warengesellschaft um jeden Preis und mit aller Gewalt fortzuschreiben, dürfen keine Zugeständnisse gemacht werden. In diesem Sinne muß Wertkritik bewußt unpopulär sein und bleiben. Nur dann kann es ihr vielleicht gelingen, zu einem Bezugspunkt für den durchaus auch vorhandenen Unmut, Ekel und Verweigerungswillen eines bisher marginalisierten Protestpotentials zu werden, das die Herrschaft von Ökonomie und Arbeit und deren inszenatorische Verlängerung als Terror empfindet.

Eine solche Vermittlung von radikaler Kritik, die nur sehr bedingt in der Theoriezeitschrift *Krisis* geleistet werden kann und sich daher primär anderer Medien bedienen muß, macht selbstredend eine Fortführung und Vertiefung der theoretischen Auseinandersetzung mit den herrschenden Verhältnissen keinesfalls überflüssig. Dazu gehört auch und nicht zuletzt die Aufarbeitung der Postmoderne, die nicht dadurch bereits erledigt und abgehakt ist, daß allenthalben Nachrufe auf sie erscheinen; umso mehr, als diese größtenteils nicht den Willen zu einer aufhebenden Kritik erkennen lassen, sondern bloß ein nochmaliges Recycling der ausgeleiterten Prinzipien der Aufklärung intendieren und insofern auch keinesfalls über ihren Gegenstand hinweg sind, sondern nur eine weitere Schleife der zunehmend öden Selbstbespiegelungsspirale der Moderne einleiten.

Die Kritik der Postmoderne als Zeitgeisterscheinung und als theoretischer Reflex der auslaufenden kasinokapitalistischen Simulationsperiode wird uns also noch eine Weile beschäftigen müssen. Ihr ist auch der Schwerpunkt dieser *Krisis*-Ausgabe gewidmet, der durch den Artikel *Die Verwilderung des Patriarchats in der Postmoderne* von Roswitha Scholz eingeleitet wird. Die Autorin analysiert den Zusammenhang zwischen den mit Neoliberalismus und Globalisierung einhergehenden sozial-ökonomischen Veränderungen und dem Geschlechterverhältnis in den 80er und 90er Jahren. Im Gegensatz zu Positionen, die das Ende des Patriarchats gekommen sehen, zeigt sie, daß dieses keinesfalls aufgehoben, sondern viel eher in eine Phase der Verwilderung eingetreten ist. Den neuen gesellschaftlichen Anforderungen entsprechend bilden sich Flexi-Zwangsidealitäten heraus, die sich für Frauen und Männer jeweils anders darstellen, also keinesfalls geschlechtsneutral sind. Ihre Thesen entwickelt Scholz in der Auseinandersetzung mit prominenten feministischen Theorieansätzen und Handlungskonzepten, die auf unterschiedliche, ihrer Herkunft und Orientierung entsprechende Weise die schlechte postmoderne Realität affirmieren oder verdrängen.

Mit *Dekonstruktion als Gesellschaftskritik* legt Moïse Postone eine ausführliche Besprechung und Kritik von J. Derridas *Marx Gespenster* vor. Postone, der eine der *Krisis*-Position in vieler Hinsicht eng verwandte Interpretation von Wertkritik vertritt, referiert zunächst die zentralen Aussagen des Buches, das den Versuch einer

dekonstruktivistischen Aneignung der Marxschen Theorie darstellt. Anschließend zeigt er, daß dieses Unternehmen im wesentlichen mißlingt, weil Derrida Marx nur durch die Brille des orthodoxen Marxismus wahrnimmt und deshalb den heute noch gültigen Kern seiner Kritik verfehlt. Derrida unterstellt Marx einen unhistorischen, „präsentistischen“ Standpunkt und eine teleologisch-affirmative Konzeption von geschichtlicher Dynamik. Er mißverstehet völlig den historisch-spezifischen und selbstreflexiven Charakter der Marxschen Kritik, die darauf zielt, die Möglichkeiten einer Aufhebung der verdinglichten gesellschaftlichen Verhältnisse im geschichtlich Gewordenen sichtbar zu machen. Demgegenüber fällt Derrida in den klassischen philosophischen Dualismus von Geschichte (Notwendigkeit) und Ereignis (Kontingenz) zurück. Weder seine eigene Kritik an der „neuen Weltordnung“ noch seinen emanzipatorischen Anspruch kann er so auf eine theoretisch befriedigende Weise begründen. Postones Artikel erschien zuerst in der US-amerikanischen Zeitschrift *History and Theory* 3/98.

Ein sehr grundlegender Beitrag zur Kritik der poststrukturalistischen und dekonstruktivistischen Theorie ist *Robert Böschs* zweiteilige Auseinandersetzung mit J. Lacan *Über eine Theorie des Mangels*. Der erste Teil dieses Textes (der zweite Teil erscheint in der nächsten *Krisis*-Ausgabe) setzt sich ausführlich mit den theoretischen und insbesondere philosophischen Grundlagen und Implikationen der Lacanschen Psychoanalyse auseinander. Bösch zeigt, daß Lacan keinesfalls zu Freud „zurückkehrt“, wie er selbst von sich behauptet, sondern in erster Linie Heidegger in eine psychoanalytische Sprache übersetzt. Sein Angriff auf die Subjektillusion, der den Kern seines theoretischen und therapeutischen Konzepts ausmacht, ist daher auch alles andere als emanzipatorisch zu verstehen. Vielmehr reproduziert er den Heideggerschen Gestus der Einwilligung ins schlecht Faktische als „Eigentlichkeit“ zielt also auf das Sich-Abfinden mit der Ohnmacht gegenüber den vorausgesetzten (und nicht thematisierten) warengesellschaftlichen Verhältnissen. Die inneren Widersprüche des Freudschen Ansatzes löst Lacan einseitig und unhistorisch auf und beraubt diesen so seines potentiell über die bürgerlichen Verhältnisse hinausweisenden Gehalts.

Dem Schwerpunkt zur Kritik der Postmoderne vorangestellt sind zwei Beiträge von *Claus Peter Ortlieb* und *Ernst Lohoff*. Der Artikel *Bewußtlose Objektivität* beschäftigt sich mit einem Problemfeld, das in der bisherigen theoretischen Arbeit der *Krisis* kaum eine Rolle gespielt hat. Während Erkenntniskritik in unserer bisherigen Diskussion immer nur auf das Alltagsbewußtsein einerseits und auf das geisteswissenschaftliche Denken andererseits bezogen wurde, gilt Ortliebs Augenmerk den Naturwissenschaften. Sein Beitrag widerlegt die naive, dennoch gerade unter Sozialwissenschaftlern weit verbreitete Vorstellung, bei mathematisierbarer Erkenntnis handle

es sich um objektives, empirisch gesättigtes und wertfreies Wissen. Stattdessen kreist er die warenformspezifischen Voraussetzungen dieser Erkenntnisweise näher ein.

In seinem Aufsatz *Zur Dialektik von Mangel und Überfluß* versucht Ernst Lohoff die Kritik an der kapitalistischen Reichtumsvorstellung begrifflich-historisch zu fundieren. Er rekurriert dabei auf den Knappheitsbegriff der Volkswirtschaftslehre, um ihn sogleich gegen diese selbst zu wenden. Während die Ökonomen „Knappheit“ als Naturbedingung ontologisieren, dechiffriert Lohoff sie als das paradoxe Formprinzip einer auf dem Wert beruhenden Gesellschaft. Diese kann Reichtum nur als knappen Reichtum erzeugen. Reichtum hat in der Ware also verrückterweise sein eigenes Gegenteil zum Inhalt.

Anzumerken bleibt noch ein Mangel dieser *Krisis*-Ausgabe: Der zweite Teil der Polemik gegen den linken Postmodernismus und seine kulturalistischen Illusionen *Weinkenner aller Länder vereinigt Euch!* von Robert Kurz hat leider keinen Platz mehr gefunden. Er ist im Laufe des Schreibens so sehr angewachsen, daß er das Fassungsvermögen dieser ohnehin schon als Doppelnummer konzipierten *Krisis* hoffnungslos gesprengt hätte. Der komplette Text wird daher nun im Frühjahr 1999 voraussichtlich in der Berliner „Edition Tiamat“ als Buch erscheinen.

Eine Anreicherung der *Krisis* stellt dagegen die Rubrik *Rezensionen, Kommentare und Glossen* dar, mit der wir wie angekündigt in dieser Ausgabe beginnen. Sie erweitert den Rahmen unserer Zeitschrift für andere Formen publizistischer und theoretischer Auseinandersetzung als den „schwerfälligen“ Grundsatzartikel. Das können Buchbesprechungen, Kommentierungen aktueller gesellschaftlicher Ereignisse und Debatten, thesenartige Anmerkungen zu *Krisis*-Artikeln oder zu Gegenständen der wertkritischen Diskussion, Polemiken gegen den Zeitgeist und dergleichen mehr sein. Dieses Mal enthält die neue Rubrik vier Texte: Den Artikel *Brothers in Arms* von Norbert Trenkle, ein Beitrag zur sehr heftig geführten Diskussion über den Postmodernismus in der Wochenzeitung *Jungle World*, der dort nur in einer gekürzten Version veröffentlicht wurde; zwei Rezensionen von Roger Behrens über das neueste Buch von Richard Sennett *Der flexible Mensch* und über die Neuauflage von Peter Bulthaups *Zur gesellschaftlichen Funktion der Naturwissenschaften*; und schließlich einige Thesen zur Medienkritik von Franz Schandl mit dem Titel *Information und Entformation*.

Ernst Lohoff und Norbert Trenkle für die Redaktion